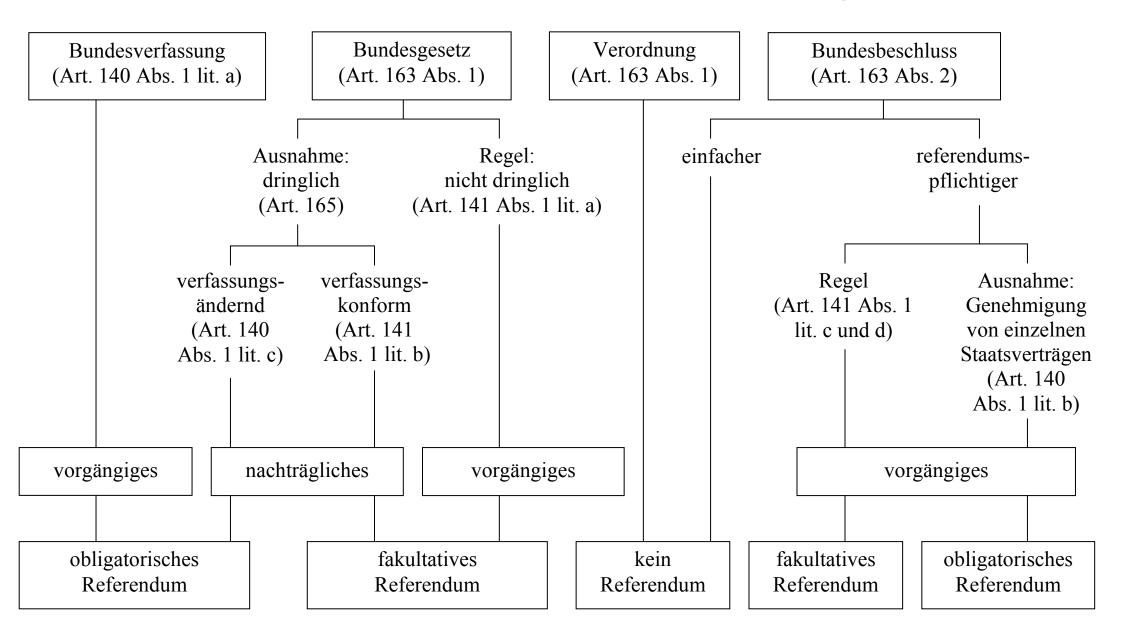
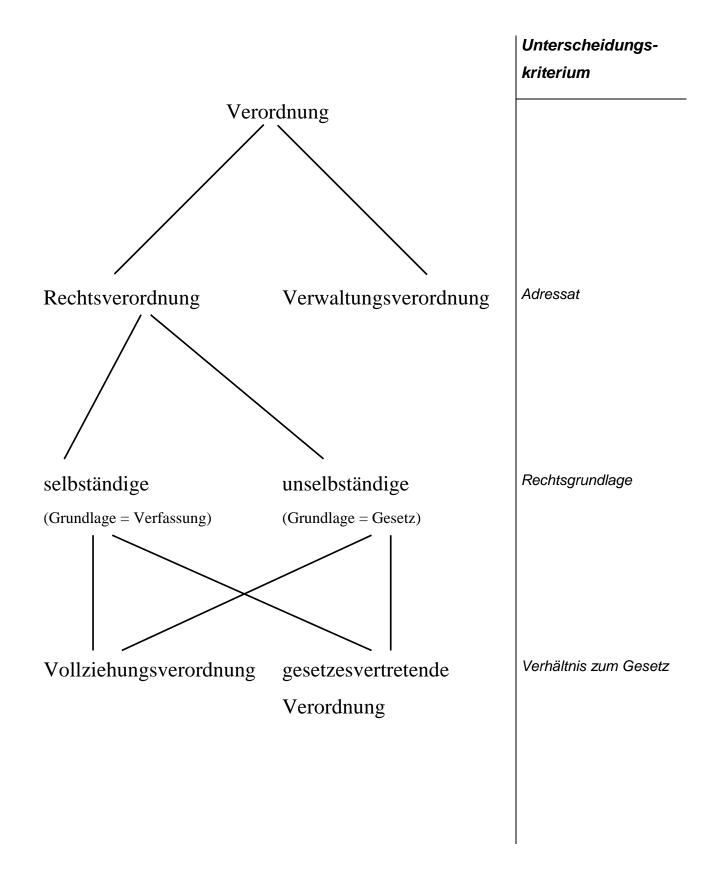
Beschlüsse der Bundesversammlung



Arten von Verordnungen



Anforderungen an die Normstufe: sog. Übertragung ("Delegation") von Rechtsetzungsbefugnissen

Langjährige Rechtsprechung des Bundesgerichts zum kantonalen Recht:

"Die Delegation wird im Allgemeinen anerkannt, wenn sie"

- "in einem formellen Gesetz enthalten ist",
- "nicht durch das kantonale Recht ausgeschlossen wird",
- "sich auf ein bestimmtes Gebiet beschränkt" und
- "das Gesetz die Grundzüge der Regelung selber enthält, soweit die Stellung der Rechtsunterworfenen schwerwiegend berührt wird" (BGE 128 I 327 E. 4.1, mit Hinweisen).

Bundesebene: sinngemässe Anwendung dieser Grundsätze.

Überlagerung dieser Grundsätze durch ausdrückliche Vorgaben des Bundesverfassungsrechts:

- Art. 36 Abs. 1 BV ("Einschränkungen von Grundrechten"): "Schwerwiegende Einschränkungen müssen im Gesetz selbst vorgesehen sein." (Adressaten: Bund und Kantone)
- Art. 127 Abs. 1 BV ("Ausgestaltung der Steuern"; sinngemäss: auch weitere Abgaben):

Kreis der Steuerpflichtigen, Gegenstand der Steuer, Bemessung: "in den Grundzügen im Gesetz selbst".

(Adressaten: Bund und Kantone)

• Art. 164 Abs. 1 BV ("Gesetzgebung"):

"Alle wichtigen rechtsetzenden Bestimmungen sind in der Form des Bundesgesetzes zu erlassen."

(Adressat: Bund; Kantone: z.T. ähnlich)

Zu beachten: Bestimmtheitsgebot (Art. 5 Abs. 1 BV: implizit).